

Siegener Zeitung

Amtliches Kreisblatt für Siegen-Wittgenstein, Altenkirchen und Olpe

ÜBERPARTEILICHE ZEITUNG FÜR SIEGERLAND, WITTGENSTEIN UND NACHBARGEBIETE

Nr. 22 | 200. Jahrgang | G 6295N

Donnerstag, 27. Januar 2022

Einzelpreis: Mo.-Fr. 2,10 € | Sa. 2,50 €

LOKALES

Demo-Eklat



Ein Arzt des St.-Marien-Krankenhauses Siegen behauptet auf einer Demo, dass Impfungen „lebensgefährlich“ sein könnten. **Seite 3**

Kaffeersatzleserei

Labore sind überlastet und geben bestimmte Aufgaben an die Schulen zurück. Die Klagen über sich ständig ändernde Anweisungen. **Seite 5**

WIRTSCHAFT

| | |
|-------------------------------|-------------------------------------|
| DAX 15459,39 (+ 335,52) | Dow Jones 34168,09 (- 129,64) |
|-------------------------------|-------------------------------------|

Erste Frau als Chefin

Yasmin Fahimi (SPD) soll neue DGB-Vorsitzende werden. **Seite 19**

ZEITGESCHEHEN

„Baguette-Krieg“

Frankreich streitet um sein liebstes Brot: Mit einem neuen Tiefpreis hat eine Supermarktkette nun eine Kontroverse ausgelöst. **Seite 26**

SPORT

Wenig Verständnis



Die massive Preiserhöhung des Streamingdienstes DAZN stößt bei Sport-Interessierten aus der Region auf äußerst wenig Gegenliebe. **Seite 24**

KULTUR/MEDIEN

Bilder-Rätsel

Wer hat das Bild gemalt? Im Kunst-Krimi sucht man nach möglichen Lösungen für die echten Rätsel der Kunst. / Der Kroatien-Krimi „Tod im roten Kleid“ imponiert durch eine reizvoll vertrackte Geschichte. **Seiten 20/27**

WETTER

Nass

Bei meist starker Bewölkung regnet es zeitweise. Im höheren Bergland fallen die Niederschläge auch als Schnee. **Seite 2**



MITTWOCHSLOTTO

Gewinnzahlen: 3 8 15 19 23 41
Superzahl: 6
Spiel 77: 8 3 5 1 9 9 0
Super 6: 3 3 6 3 9 3 (o. Gewähr)

LESERSERVICE

Leserservice:
☎ 02 71 / 59 40-8 • Fax: -3 09
Leserservice@Siegener-Zeitung.de
Lieferreklamation:
☎ 02 71 / 59 40-4 01

Mitglied im RedaktionsNetzwerk Deutschland RND#



Eine App gegen das Vergessen

113 sogenannte „Stolpersteine“ sind in Siegen verlegt worden. Sie erinnern an die jüdischen Mitbürger, die Opfer des Nazi-Regimes wurden. Eine App macht die Geschichte hinter jedem Stein nun erlebbar. **Seite 4**

Photos: Jan Schijger



Wüst schließt Lockerungen aus

DÜSSELDORF CDU und FDP wollen in NRW bei Corona-Maßnahmen an einem Strang ziehen

Für die Koalition ist das eine Belastungsprobe. Die Liberalen beißen die Zähne zusammen.

Inw ■ Die Koalition aus CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen will trotz teils unterschiedlicher Meinungen bei den strengen Corona-Maßnahmen weiter an einem Strang ziehen. Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) schloss angesichts der rollenden Omikron-Welle eine Aufweichung der Schutzmaßnahmen am Mittwoch vorerst aus. „Es kann kein Signal zu großflächigen, pauschalen Lockerungen geben“, sagte Wüst in einer Unterrichtung des Landtags. Bund und Länder seien sich bei ihren Beratungen am Montag einig gewesen, dass die bisher geltenden Regeln grundsätzlich weiter Bestand haben sollten.

Die Landesregierung habe verabredet, dass sie täglich überprüfen werde, ob Maßnahmen noch notwendig seien, sagte indes Vize-Ministerpräsident Joachim Stamp (FDP). Die Menschen verspürten eine „tiefe Verunsicherung“. Über Omikron gebe es noch „nicht das letzte Wissen“. Es müsse genau überlegt werden, welche Maßnahmen notwendig und sachlich begründet seien oder möglicherweise angepasst werden müssten. Die FDP will u. a. Corona-bedingte Einschränkungen in Handel und Gastronomie lockern. Das hatte FDP-Landtagsfraktionschef Christof Rasche

gesagt. In der Plenardebatte am Mittwoch pochte Rasche nicht mehr darauf, sondern betonte den Zusammenhalt der Koalition. Die derzeitige Corona-Schutzverordnung für NRW gelte bis 9. Februar. Rasche schloss nicht aus, dass sie schon vorher neu gefasst werden könne. CDU und FDP hielten den gemeinsamen Kurs bei.

SPD-Oppositionsführer Thomas Kutschaty sagte, solange die Gefahr einer Über-

lastung des Gesundheitswesens bestehe, wäre es „töricht, bisherige Regelungen aufzuheben“. „Die Debatte über Lockerungen kommt zur falschen Zeit“, sagte Kutschaty. „Die volle Wucht der Omikron-Welle hat uns noch gar nicht getroffen.“ Auch Grünen-Fraktionschefin Josefine Paul sagte, in eine sich weiter aufbauende Omikron-Wand zu lockern, wäre „unverantwortlich“. Gleichzeitig müssten die Folgen für Wirtschaft, Kultur und Sport abgefedert werden.

Wüst sicherte zu, das Land werde mit den Arbeiten für ein „umsichtiges Zurückfahren der Schutzmaßnahmen“ erst dann beginnen, wenn eine Überforderung des

Gesundheitssystems absehbar ausgeschlossen werden könne. Er sagte aber auch: „Die Menschen in unserem Land brauchen Perspektiven für eine schrittweise Rückkehr zur Normalität.“ Viele Unternehmer, Selbstständige und Arbeitnehmer kämpften um ihre Existenz, besonders auch der Einzelhandel. Wüst sprach sich erneut für eine allgemeine Corona-Impfpflicht aus, vor allem mit Blick auf den nächsten Winter.

Schulministerin Yvonne Gebauer verteidigte unterdessen die kurzfristigen Änderungen beim Corona-Testverfahren für Grundschüler in NRW gegen Kritik. Das Test-System sei nicht gescheitert, betonte die FDP-Politikerin. Es sei aber von zwei Seiten angegriffen worden und habe geändert werden müssen. Zum einen seien die Infektionszahlen sprunghaft gestiegen und die Labore an ihre Grenzen gekommen. Zum anderen müsse sich NRW an den Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) halten. Demnach muss bei den als besonders genau geltenden PCR-Tests eine Konzentration auf bestimmte Gruppen erfolgen, also priorisiert werden.

SPD-Oppositionsführer Kutschaty warf Gebauer und Wüst ein „Kommunikationschaos“ vor. „An unseren Grundschulen ist das Testregime regelrecht zusammengebrochen“, sagte Kutschaty. „Kinder konnten nicht zur Schule, Eltern nicht zur Arbeit.“ Josefine Paul (Grüne) monierte, die NRW-Regierung lasse „klare Kommunikation und gutes Krisenmanagement“ vermissen.

Die CDU hat ein Ausschussverfahren gegen Otte eingeleitet. Dieser verstoße gegen die Werte der Partei, sowie gegen den Beschluss, nicht mit der AfD zusammenzuarbeiten. Otte ließ wissen, er werde seine Kandidatur zurückziehen, falls die CDU einen eigenen Bundespräsidenten-Kandidaten aufstelle.

Mitsch plädierte zudem dafür, Otte den Vorsitzposten in der Werteunion zu entziehen. „Der Vorstand der Werteunion

musste Otte seiner Ämter entheben. Es reicht nicht, dass Otte den Vorsitz vorübergehend niederlegt“, sagte er. Otte habe sich „auf eine politische Geisterfahrt begeben“, sagte Mitsch. Es entstehe der Eindruck, „dass er eine Schwächung der konservativen Kräfte in der CDU bewusst in Kauf nimmt, um die AfD zu stärken“.

Die CDU hat ein Ausschussverfahren gegen Otte eingeleitet. Dieser verstoße gegen die Werte der Partei, sowie gegen den Beschluss, nicht mit der AfD zusammenzuarbeiten. Otte ließ wissen, er werde seine Kandidatur zurückziehen, falls die CDU einen eigenen Bundespräsidenten-Kandidaten aufstelle.

Die CDU hat ein Ausschussverfahren gegen Otte eingeleitet. Dieser verstoße gegen die Werte der Partei, sowie gegen den Beschluss, nicht mit der AfD zusammenzuarbeiten. Otte ließ wissen, er werde seine Kandidatur zurückziehen, falls die CDU einen eigenen Bundespräsidenten-Kandidaten aufstelle.

Die CDU hat ein Ausschussverfahren gegen Otte eingeleitet. Dieser verstoße gegen die Werte der Partei, sowie gegen den Beschluss, nicht mit der AfD zusammenzuarbeiten. Otte ließ wissen, er werde seine Kandidatur zurückziehen, falls die CDU einen eigenen Bundespräsidenten-Kandidaten aufstelle.

Konflikt-Löser?

Normandie-Format das richtige Mittel

Immerhin reden sie wieder, zu viert an einem Tisch: Russland, die Ukraine, Deutschland und Frankreich. Die schlechte Nachricht: Es waren nur politische Berater, die am Mittwoch in Paris zusammensaßen – nicht die Regierungschefs und Präsidenten. Dennoch ist Wiederbelebung des Normandie-Formats ein Zeichen für den Wunsch nach Deeskalation des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine wollen. Eine Lösung indes ist fern wie der Mond.

Nachdem Russland 2014 die Krim überfallen hatte, wurde das Gesprächsformat auf Betreiben des damaligen französischen Präsidenten Hollande und der früheren Kanzlerin Merkel aus der Taufe gehoben. In zähen Verhandlungen kamen die beiden Minsker Abkommen zustande, die nie wirklich erfüllt wurden. Und dennoch haben sie den wertvollen Beitrag geleistet, dass der seit 2014 schwelende kriegerische Konflikt eingefroren wurde. Ein Status Quo, mit dem beide Seiten nicht zufrieden waren – der aber doch besser erschien als eine Eskalation.

Bundeskanzler Olaf Scholz hat bislang in dieser schweren Krise keine klare Position bezogen. Europa blickt stauend und wartend auf Deutschland, dass es sich in dieser Krise seiner Größe und Stärke gemäß einbringen möge. Im Wahlkampf hatte Scholz der Bevölkerung suggeriert, dass er für Kontinuität stehe. Es wäre hilfreich, wenn er in Sachen internationalem Krisenmanagement die Fäden aufnehmen, die Merkel stets voller Geduld gesponnen hat. Innerhalb der EU ist Deutschland trotz seiner klaren transatlantischen Haltung das Land, das am stärksten auch die russische Seite versteht. Anstatt sich damit in Europa zu isolieren, sollte Deutschland besser das Pfund nutzen, um vermittelnd und befriedend einzugreifen.

Die Nato wird diesen Konflikt nicht lösen können. Im Gegenteil: Je stärker sie sich zur Einmischung gezwungen sieht, desto schneller kann die Lage aus dem Ruder laufen. Deshalb muss die Nato Grenzen ziehen und Verlässlichkeit ausstrahlen. Polen und das Baltikum müssen geschützt werden – auch mit Truppenpräsenz. Die Ukraine aber ist kein Nato-Mitglied. Ein Einmarsch Russlands in die Ukraine kann also gar nicht den Bündnisfall auslösen.

2014 hatte Merkel mit dem damaligen US-Präsidenten Obama verabredet, dass er sich um Syrien kümmere und sie versuche, die Ukraine-Krise zu regeln. Die Amerikaner in Syrien sind längst Geschichte. Aus europäischer Sicht aber war die Vereinbarung sinnvoll. Es geht um den europäischen Kontinent und dort sollten die Europäer ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen – z. B. im Normandie-Format. **Eva Quadbeck**

Bundestag berät über Corona-Impfpflicht

dpa Berlin. Die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht im Kampf gegen die Corona-Pandemie ist im Bundestag hoch umstritten. In einer ersten ausführlichen Debatte über diese gesellschaftlich brisante Frage prallten am Mittwoch die Meinungen von Befürwortern und Gegnern aufeinander. Prominente Gegner wie Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki oder Gregor Gysi von der Linkspartei hielten eine Impfpflicht für untauglich, unverhältnismäßig und gefährlich für das Vertrauen in die Demokratie. Befürworter sahen hingegen in einer Impfpflicht den einzigen Weg, um die Pandemie endgültig zu überwinden. In der leidenschaftlich, aber weitgehend sachlich geführten Debatte lehnte nur die AfD das Impfen generell ab.

Der Orientierungsdebatte lag kein konkreter Gesetzentwurf zugrunde. Bislang zeichnen sich drei Modelle ab: eine allgemeine Impfpflicht ab 18 Jahren, eine Impfpflicht ab 50 Jahren und der Verzicht auf eine Impfpflicht. **► Seiten 16 und 17**